

Kaukasische Post

Adresse d. Redaktion u. d. Geschäftsstelle (vorübergehend): Michael-Str. Nr. 89, im Magazin von G. Fried (vormals E. Luffermann). Sprechstunden: 9—11 vorm. (zu fragen nach W. Bauer).

Erscheint 2-mal wöchentlich:

am Donnerstag und am Sonntag.

Bezugspreis: 15 Mk. für 2 Monate. Anzeigen: die 3-mal gebaltene Kleinzeile auf der ersten Seite—60 Kop., auf der 4. Seite—40 Kop.

Nr. 22.

Tiflis, den 20. März 1919.

11. Jahrgang.

Einen echten, guten deutschen Tropfen Naturwein kann man zu jeder Zeit in der Weinhandlung

„Katharinenfeld“

bekommen.

Reutolfstrasse 13, Haus O. Larché. 10—3

Demokratie als Staatsform und als Prinzip im staatlichen Leben.

Von Professor A. Bauer in Nagold.

I.

Fassen wir zunächst den ersten der beiden Begriffe ins Auge. Was ist Demokratie? Demokratie heißt Herrschaft des Demos, des Volkes. Die reine Form der Demokratie, bei der sich die Volksmasse direkt an der Staatsleitung beteiligt, finden wir heute nur noch in sechs kleinen Kantonen der Schweiz, während sonst auch in der Schweiz, wo die Volksabstimmung als rein demokratische Einrichtung üblich ist, das Hauptgewicht auf der modernen Form der Demokratie liegt, welche durch gewählte Volksvertretung und gewählte Regierung gekennzeichnet ist, also durch den Grundgedanken der Vertretung. Die reine und unmittelbare Demokratie war nur möglich in kleinen Staaten mit einfachen Verhältnissen, wie z. B. in den Stadtrepubliken des Altertums. Sie ist überhaupt ein Widerspruch in sich selbst, denn herrschen und leiten können niemals alle, sondern immer nur wenige. Sie führte in Praxis immer zur Knechtung der Minderheit durch die Mehrheit und schließlich zur Alleinherrschaft des Mannes, der die Masse hinter sich hatte. Es gibt eben nur zwei Möglichkeiten, zu einer Entscheidung zu kommen: entweder die Festhaltung des Willens der Mehrzahl, oder der ausschlaggebende Wille eines Einzelnen. Beim modernen Großstaat ist überhaupt nur die repräsentative Form der Demokratie möglich—einmal wegen der räumlichen Ausdehnung der Staaten und vor allem wegen der äußerst komplizierten Verhältnisse des modernen Staatslebens. Demokratie als Staatsform ist gleichbedeutend mit Republik und steht im Gegensatz zu den Staatsformen der Monarchie, worunter die erbliche Herrschaft einer Familie zu verstehen ist, und der Aristokratie, d. h. der ebenfalls erblichen Herrschaft einer Mehrheit bevorzogter Familien. Die Aristokratie ist deutlich als Übergangsform der Monarchie zu der Demokratie zu erkennen. In ihrer reinsten Ausprägung sind auch diese beiden Staatsformen nur in kleinen Staatswesen von einfacher Struktur möglich, wie wir sie in den Stadtstaaten des Altertums und des Mittelalters vorfinden.

Fassen wir nun den zweiten Begriff der Demokratie: Demokratie als staatliches Prinzip neben anderen staatlichen Prinzipien—ins Auge.

Ein kurzer Überblick über das Wesen und das Werden des Staats möge zeigen, wie und warum allmählich die Verschmelzung monarchischer, aristokratischer und demokratischer Elemente zustande kam.

Der Staat beruht auf der von Geburt gegebenen tatsächlichen Ungleichheit der Menschen. Das Nebeneinander von Starke und Schwache müßte mit Naturnotwendigkeit einverleitet zu dem Streben des Starke führen, sich die Macht über die Schwachen anzueignen, und diesem

Streben kam von der anderen Seite: das Bedürfnis entgegen, den Schutz des Starke zu suchen. Aus dem Machtstreben starker Einzelpersönlichkeiten und dem Schutzbedürfnis der Masse erwachsen die Urformen staatlicher Gemeinschaft. Beides, Machtstreben und Schutzbedürfnis, hatte von Anfang an eine nach außen und eine nach innen gerichtete Seite. Der Herrscher strebte nach Entfaltung seiner Macht im Inneren und nach Erweiterung seines Machtbereiches nach außen; die Beherrschten brauchten Schutz in erster Linie gegen Eingriffe von außen, aber auch gegen übergleichen innerhalb der Gemeinschaft. Diese beiden Seiten sind dauernd wie für jede menschliche Gemeinschaft, so auch für den Staat kennzeichnend geblieben, so daß das Wesen des Staates bestimmt werden kann als die Regelung der inneren und äußeren Verhältnisse eines Volkes.

Die Regelung dieser Verhältnisse nach innen und nach außen erfolgte beim primitiven Staat rein nach dem Prinzip der Macht; der Staat war reiner Machtstaat. Zum Herrscher bestimmte ursprünglich ausschließlich die persönliche Tüchtigkeit. Der älteste Adel war ein Adel der Persönlichkeit.

Verschiedene Umstände führten dazu, die Herrschermacht erblich zu machen, sie von der Einzelpersönlichkeit auf die Familie auszuheben, so z. B. die Übertragung persönlicher Vorzüge auf die Nachkommen durch Vererbung und durch Erziehung, ferner die an und für sich gegebene höhere Achtung gegenüber dem Sohn des Herrschers. Gleichzeitig mit dem Übergang der Herrschaft auf die Familie mußte sich auch die Auffassung entwickeln, daß Land und Leute der Besitz, das Eigentum des Herrschers und seiner Familie seien. Damit war der Adel an den Besitz von Land und Leuten, an den Grundbesitz, gebunden.

Aus der weiteren Anwendung der staatlichen Grundprinzipien des Machtstrebens und des Schutzbedürfnisses auf die verschiedenen starken kleineren Herrschaftsgemeinschaften ergibt sich die Bildung größerer staatlicher Gemeinschaften. Es erhoben sich damit über die kleineren Herren größere, mächtigere; über den Adel steigt eine adeliche Obersicht, die Fürsten, empor. So entsteht der mittelalterliche Lehensstaat, ein nach dem Besitz an Land und Leuten von oben nach unten reich gegliederter Bau, in dem sich auch die Kirche einordnet. Aber immer noch ist der Staat aus im Inneren ein reiner Machtstaat; es gibt nur Herrscher und Beherrschte. —

Zulauf.

Die Gründungsversammlung hat den Rücktritt des Kabinetts N. N. Sbordania zur Kenntnis genommen, dasselbe aber zugleich ermächtigt, die Regierungsgeschäfte weiter zu führen, bis das neue Kabinett gebildet sein würde, womit N. N. Sbordania abermals betraut worden ist.

Der georgische Heeresbericht enthält zahlreiche Einzelheiten über weitere Erfolge, insbesondere im Besonderen Raum, wo 60 Dörfer sich ergeben haben, nachdem sie die Auslosigkeit ferneren Widerstands gegen den überkommenen Feind eingesehen hatten. Ihre Vertreter erschienen am 16. d. Mts. bei General Kwintadze im Dorfe Babeli und baten um Einstellung der Kriegsoperation, wogegen sie sich verpflichteten, die georgischen Bedingungen der Übergabe ungefähr anzunehmen: 1.) Auslieferung der Schutzwaffen nebst Munition; 2.) Auslieferung

der Hauptstützen der Aufstandsbewegung; Auslieferung des in Abakych u. Abastuman geraubten Vermögens.

Das erste georgische Kriegsschiff, Minenscorvetten „Batara Rabi“, ist vorigen Sonntag in Poti von Stapel gelassen worden.

Der Minister des Auswärtigen, E. P. Gegeschkori, hat an die Aserbeidjaner Regierung eine kurzgehaltene Note gerichtet, in welcher er namens seiner Regierung sich die „Einmündung erzieher in die inneren Angelegenheiten Georgiens“, als welche der Achalzycher Feldzug nur verstanden werden könne, verbittet (s. vorige Nr. unter „Ausland“).

Am 16. d. Mts. ist in Tiflis eine Konferenz von Vertretern der Städte Georgiens eröffnet worden. Eröffneten sind 16 Delegierte.

Ausland.

Der Oberste Kriegsrat der an der Friedenskonferenz teilnehmenden Großmächte hat in der vorigen Woche unter anderem auch das Projekt der militärischen Experten, vorgestellt von Marschall Foch, bezüglich der zukünftigen militärischen Organisation Deutschlands geprüft und es einstimmig gutgeheißen. Danach würde Deutschland ausgehakt, d. h. alle Waffengattungen zusammengenommen, eine Armee von nur 100 Tausend Mann, bei einer Dienzeit von 12 Jahren, zu unterhalten berechtigt sein. — Ferner hat der genannte Kriegsrat beschlossen, daß sämtliche Befestigungen auf dem linken Ufer des Rhein's abzutragen sind. Aus diesem Beschluß folgt freilich zugleich, daß der Rhein als strategische Grenze Deutschlands verbleibt, ganz unabhängig davon, wie die territoriale Frage gelöst werden wird. — Die Kommission für Fragen bezüglich der Verantwortlichkeit für den Krieg hat neuerdings den Bericht über das Ergebnis ihrer Arbeit vorgelegt. Danach werden alle Vergehen, die allgemeinen Charakter haben, von einem internationalen Gericht abgeurteilt werden. Im Verzeichnis der zur Verantwortung zu ziehenden Personen befindet sich an erster Stelle Kaiser Wilhelm, weiterhin eine Reihe seiner nächsten Mitarbeiter im Kriege, denen zur Last gelegt wird, daß sie die „verbrecherischen“ Befehle ihres Obersten Kriegsherrn, d. h. Kaiser Wilhelm's, ausgeführt haben, usw. — Die Kommission zur Einrichtung der internationalen Verwaltung von Häfen und Wasser- und Eisenbahnenoggen hat in einer ihrer letzten Sitzungen das Projekt der für die Schifffahrt auf dem Rhein einzuleitenden internationalen Verwaltung geprüft und sich für die Aufnahme der diesbezüglichen Bestimmungen in den Präliminarfrieden mit Deutschland ausgesprochen. — Das Projekt des Völkerbundes ist in allgemeinen Umrissen fertig; die Formulierung seiner einzelnen Bestimmungen gilt als weit schwieriger, zumal die Ansicht besteht, daß sie in dem Präliminarfrieden mit Deutschland vorzulegen, was aber im Falle nachträglicher Abänderung oder Veränderung der einen oder anderer von ihnen seitens der Parlamente, die sie zu billigen oder zu verwerfen haben werden, zu Mißverständnissen Veranlassung bieten könnte. — Man erwartet deshalb auch Wilson mit großer Ungeduld nach Europa zurück, da er wohl am besten wissen dürfte, wie die von ihm ausgehakte Idee am besten zu verwirklichen wäre. Am 12. d. Mts. am 14. d. Mts. vormittags, in



Paris eingetroffen und hat sich sofort an die Arbeit gemacht.—Es heißt, daß sämtliche Kommissionen der Friedenskonferenz ihre Tätigkeit zum 15. d. Mts. abgeschlossen und ihre Berichte gehörigen Orts vorgelegt haben müssen, damit die Ausarbeitung des Vertrages, der den Weltfrieden zum Gegenstand haben soll, unverzüglich in Angriff genommen würde. . . Der Vertrag wird nach seiner Billigung seitens der Friedenskonferenz, die zu diesem Zweck im ganzen Bestande zusammentritt, den Vertretern Deutschlands, die in allernächster Zeit in Paris eintreffen sollen, zur Unterchrift vorgelegt werden. Letztere werden dann den Vertrag nach Weimar schaffen, wo die deutsche Nationalversammlung zu ihm Stellung zu nehmen haben wird. Je näher dieser Augenblick heranrückt, desto lebhafter beginnt die öffentliche Meinung in Deutschland sich mit der Friedensfrage zu beschäftigen, wozu die inneren Angelegenheiten in den Hintergrund treten.

Der Spartenaufrüstung in Berlin, der, wie wir bereits berichtet haben, noch zu Ausgang der vorvorigen Woche als unterdrückt gelten konnte, hat den Minister für die Landesverteidigung und Oberkommandierenden Koste zur Einsetzung eines Kriegsgesichtsis in Berlin veranlaßt, das beauftragt sein soll: „Jeden, der mit der Waffe in der Hand zwecks Kampfes mit der Regierungstruppen angetroffen wird, sofort niederzujagen zu lassen.“ Zum näheren Verständnis dieser außerordentlichen Maßnahme bringt die deutsche Presse ausführliche Mitteilungen über Grausamkeiten, die von den Sparten in an regierungstreuen Personen (hauptsächlich Beamten), deren Zahl hundert übersteigt, verübt wurden. So seien von ihnen nach der Einnahme der Polizeiverwaltung in dem stillen Vorort von Berlin Nichtenberg von 60 gefangen genommenen Angestellten 57 in vielfacher Weise mißhandelt worden (die übrigen retteten sich durch die Flucht). Weitere 45—50 bei anderen Gelegenheiten von ihnen gemachte „Gefangenene“ (3 B. das Kommando des Regierungs-Automobilparks) wurden in gleicher Weise, als dem Leben geschickt.

Auf den Straßen und in den Arbeiterzentren Berlins wird auf's neue Propaganda für einen allgemeinen Streik getrieben, der nicht später als am 20. d. Mts. beginnen soll. In den Flugblättern heißt es, daß dieser Streik sich über ganz Deutschland erstrecken werde.

Der Kongress der „unabhängigen“ Sozialisten, welcher in Berlin tagt, hat, wie die „Kölnische Zeitung“ zu berichten weiß, Lösungen ausgegeben, die sich mit denen der Kommunisten (Spartakisten) im allgemeinen decken: Diktatur des Proletariats, d. h. Herrschaft der Massen und Entredung der Bourgeoisie, sofortige Entlassung der Freiwilligen Bildung einer Volksgarde aus Arbeitern, die vom „Klassenbewußtsein“ durchdrungen sind, usw. Mit anderen Worten,

es hat eine tatsächliche Verschmelzung der „unabhängigen“ mit den Spartakisten stattgefunden, infolgedessen letztere an Einfluß und Macht erheblich gewonnen haben. Und das umso mehr, als die Partei der „unabhängigen“ gegenwärtig bedeutend stärker ist als im November v. J., da die Partei der Mehrheitssozialisten seitdem schwächer geworden ist, und zwar zugunsten des Radikalismus, der mit jedem Tage zunimmt, als Folgeerscheinung der herrschenden, gesteigerten Notbarkeit des Nervensystems und des Hungerzustands der Nation, die vollständig erschöpft ist. „Die Verbündeten müssen ihre Hilfe schneller bewerkstelligen“, sagt das genannte Blatt zum Schluß obiger Mitteilung, „da andernfalls sie bereits zu spät kommen dürfte.“

Die Verbündeten scheinen nun auch wirklich die Verpflegung der notleidenden Bevölkerung Deutschlands energischer betreiben zu wollen, als es bisher geschah. Veranlassung hierzu hat aber nicht so sehr obiger Umstand gegeben, als vielmehr der Bericht eines ihrer Generale aus dem Situationsbericht, daß das Elend der dortigen Bevölkerung von den Soldaten der Besatzungsarmee nicht mit Gleichmut hingenommen werde, woraus folgt, daß letztere aus Sympathie für erstere mit der Zeit eine Stimmung bei sich aufkommen lassen könnten, die kommunistischen Ideen Verhieb leiten dürfte.

Aus Wien wird über Klauen gemeldet, daß die österreichische Konstituierende Versammlung die Einverleibung Deutsch-Osterreichs in die Republik Deutschland beschlossen habe.

Mehr als 14 Städte in England, angefangen mit London, haben dem Parlament Petitionen (Bittezettel) eingereicht, in welchen auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, die veralteten Gesetzesbestimmungen über Einwanderung und Naturalisierung (Einbürgerung) von Ausländern einer Durchsicht und Abänderung bzw. Veränderung zu unterziehen, entsprechend den Erfahrungen, die der letzte Krieg zu sammeln so reichliche Gelegenheit gegeben habe. Daß dieser Antrag sich namentlich gegen die „deutsche Gefahr“ wendet, dürfte wohl kaum einem Zweifel unterliegen. — Die allzu hurtige Demobilisierung der Bergleute, hat in Cardiff (Süd-England) und Umgebung zu Unruhen geführt, über die der dortige Berichtsfalter der „Times“ folgendes meldet: Die Bergwerkbesitzer sind nicht instande, alle zurückkehrenden Arbeiter wieder einzustellen. Gegen 3000 derselben veranstalteten eine Meeting zur Beratschlagung über ihre gegenwärtige Lage und erwählten zum Schluß Delegierte, die mit den Bergwerkbesitzern Rücksprache nehmen sollten. Neuob werden durch die schnelle Demobilisierung immer neue Massen von Bergleuten in die Heima abgehoben, so daß die Gefahr entsteht, bei weiterer Vermeerung der Arbeitslosen, daß letztere eine bedrohliche Haltung annehmen könnten.“

Der Konflikt in Baku (zwischen der Arbeiterkonferenz und dem britischen Kommando) scheint einen günstigen Ausgang zu nehmen. Zum allgemeinen Streik, der grundsätzlich bereits beschlossen war, ist es bisher nicht gekommen, da 1.) die arretierten Matrosen von dem britischen Kommando wieder in Freiheit gesetzt worden sind, wie dieses die Arbeiterkonferenz mitteilt, und 2.) die Schiffe (der Kaspi-Flottille) Kars, Ardaghon und Akrahad wieder im Kriegsbahen vor Anker haben gehen dürfen und von ihnen die englischen Wachen entfernt worden sind, auch das Geld, welches bei der Desarmierung (Entwaffnung) der Schiffe konfisziert worden war, dem Vertreter der Flottille, Kapitän Griagorow, übergeben werden soll. Die Ausschaltung des rassistischen Februargehalts an die Arbeiter der Nahbaravons wird allem Anscheine nach auch in Baku erfolgen, und damit hätte dann die Streikbewegung endgültig ihre Daseinsberechtigung verloren.

Zu den Unruhen in England.

Der englische Ministerräsident Lloyd George hat letzten in Unterhause des britischen Parlaments eine höchst wichtige Rede gehalten. Sie betraf die Arbeiterbewegung, über die wir in Nr. 20 unseres Blattes berichtet haben. Trotz aller Zurückhaltung, um nicht zu sagen — Vorlicht, die den Ton dieser Rede bestimmt, erfährt man aus den Andeutungen, die sie enthält, doch so manches, was die Voraussetzung von dem Ernst der besagten Bewegung hinreichend bestätigt. Und mag der Vordredner Lloyd George's, das Parlamentsmitglied Adamson, der „Führer der Arbeiter-Partei“, wie er in dem hierauf bezüglichen Telegramm aus London bezeichnet wird, auch noch so redt haben, wenn er behauptet, daß die Zahl derer, welche „die Revolution und die ungeschicklichen Handlungen billigen, nur einen sehr kleinen Teil der Arbeiterschaft umfaßt“, so genügt doch schon die Tatsache, daß die britische Regierung es für notwendig befunden hat, durch den Mund Lloyd George's zu der Bewegung in so nachdrücklicher Weise Stellung zu nehmen, um zu begreifen, daß es sich im gegebenen Falle nicht um nichtige Vorgänge handelte, sondern um solche, deren Tragweite, in Anbetracht ähnlicher Erscheinungen, mit ihren schrecklichen Folgen, in anderen Ländern, namentlich in England, sich nicht nach dem Mehr oder Weniger der augenblicklichen Beteiligung an der Bewegung bemessen läßt.

Im Organ der französischen äußersten Sozialisten, „Revolutions“, gibt Hedon die Zahl der an der Bewegung in England beteiligten Arbeiter mit 4 Millionen an. Zugabe selbst, daß diese Berechnung übertrieben ist, so wird dessenungeachtet niemand die Richtigkeit der Schluß-

Alte Liebe.

Ich dachte, seist untreu geworden,
Feindseligchen, in Klammer und Not,
Und schwur schon zum ehrsamem Orden
Der Scharrer nach Würden und Brot.

Doch es' ich dein Kommen vernommen,
Du standest mir wieder zur Zeit
Und lächeltest leise, bekommen,
Da hab' ich dich schweigend geriet.

Nun zieh' wir selband durch die Lande
Und s'cheren uns nicht um die Welt:
Du gehst mir die Keier zum Hande,
Ich hab' mich zur Bürgschaft gestellt.

Die Seiten, sie singen und fagen
Von unserem Erdengeschid:
Und wenn sie zur Ruhe mich tragen,
Dann lobst ein feuchtschimmender Blit.

H. u. D. i. f.

Die Urbeimat der Indogermanen.

Von Paul Conradt.

III.

Fassen wir das Gefagte kurz zusammen, so kommen wir zu dem Schluß, daß die Sprachwissenschaft, mit Hilfe der vergleichenden Sprachwissenschaft die Urbeimat der Indogermanen zu bestimmen, sich unfähig erwiesen hatte, mit

eigenen Mitteln Licht über die Entstehungsgeschichte unserer Vorfahren zu verbreiten. „Von vielen Sprachforschern selbst wird jetzt der Zusammenbruch des einst so stolzen Baues der vergleichenden Sprachforschung, der „Schiffbruch“, den die Ursprachforschung unter ihrer Führung erlitten, zugestanden. Man solle doch endlich aufhören, „aus bloßen Wortvergleichen Kulturgeschichte herauszufüllieren zu wollen“, mahnte Kretschmer, und „das ganze Gebäude der sprachlichen Ursprachforschung stürzt zusammen, wie ein Strohhaus aus.“

Dieses Verlangen der vergleichenden Sprachforschung darf uns nicht Wunder nehmen, wenn wir uns vergegenwärtigen, ein wie schwankendes Merkmal die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Sprachzweig für die Abkennung eines Volkes ist. Rasse und Sprachstamm sind nicht gleichwertige Begriffe, sondern zwei ganz verschiedene Dinge. „Das Sprache, Kultur und Wohnsitz wenig beweisen (zur Bestimmung der Rassen), lehrt ein Blick auf die englisch redenden und sich europäisch kleidenden Neger Nordamerikas. Auch die Bevölkerung Europas ist durchaus nicht einheitlicher Abstammung, obwohl sie heute zum größten Teil arische (indogermanische) Sprachen redet“ (Hörnes). Und Max Müller warnte davor, „von Sprache auf Blut oder von Blut auf Sprache zu schließen.“ Indem die Sprachforscher von der Einheit der indogermanischen Sprachen ausgingen und darauf auf die Einheit der Völker schlossen, die diese Sprachen redeten, vergaßen sie ganz, daß die Sprache „nur

* V. Wilfer. Herkunft und Ursprache der Arier.

eins der für die Beurteilung der Rassenverwandtschaften des Menschen in Betracht zu ziehenden Momente ist, und es kann nicht in Abrede gestellt werden, daß keine der bisher auf Grund körperlicher Merkmale verfaßten Klassifikationen sich mit dem Begriff „indogermanisch“ deckt.“ (Schradder.) Es besteht demnach ein strenger Unterschied zwischen sprachlicher und völkischer Verwandtschaft, und diese beiden Begriffe müssen bei der Bestimmung der Rassenzugehörigkeit eines Volkes streng auseinandergehalten werden.

So standen die Dinge, als die an Boden immer mehr gewinnende anthropologische (die Lehre von der Natur des Menschen betreffende) Forschung sich der Abstammungsfrage annahm und mit Entschiedenheit für die europäische Urbeimat der Indogermanen eintrat. Im Jahre 1872 schloß sich den Anhängern der neuen Theorie der bekannte Sprachforscher und Ethnograph (Völkerbeschreiber) Friedrich Müller an. Er verlegte mit Benutz der Schauplatz der Trennung der indogermanischen Völker nach dem südöstlichen Europa, glaubte aber, sie seien dort von armenischen Hochlande in unvordenklicher Zeit eingewandert. Einen besonderen Standpunkt vertrat Theodor Böcher, der die Ursprünge der Indogermanen in die südlich des westrussischen Landrücken sich erstreckenden Wolstinosümpfe zurückführte. In jenen Gegenden soll nämlich die Erscheinung der Degeneration (des Fehlens des normalen Farbstoffes der Augen) oder des Albinismus (des Fehlens des normalen Farbstoffes der Haare) eine sehr häufige sein und diesel an Menschen, Tieren und Pflanzen deutlich hervortritt. Nur in einer solchen Örtlichkeit aber laße sich das Entste-



betrachtung des genannten Verfassers anführen können, daß die vielen Unzufriedenen Lloyd George sehr wohl zu bezeugen gegeben haben dürften, daß Bescheid die Mutter der Weisheit ist."

Doch lassen wir Lloyd George selbst reden. Er sagt u. a.: „Das Volk hat durchaus ein Recht zu hoffen, daß es nicht in die Lage kommen werde, für alle von ihm während des Krieges gebrachten Opfer sich Entschädigungen auferlegen zu müssen. Aber bei Verteilung der Kosten, die dem Lande nicht eripart werden können, und das mehrere Jahre hindurch, ist keinerlei Bevorzugung zulässig. . . . Wenn die Arbeiterunruhen anhalten werden, so wird das sehr ernste Folgen haben. . . . Und wenn gewisse Projekte, die bei uns von gewissen Leuten unterstützt werden, auch nur im entferntesten Aussicht auf Bewirkung hätten, so müßte das Parlament diesen die größte Aufmerksamkeit zuwenden. . . . Einige Ursachen der Bewegung sind geschlecht begründet. Die Unruhen sind aber hauptsächlich durch die Wirkung des Krieges auf die Herzen der Arbeiter, die so viele Stunden hintereinander tätig sein mußten, hervorgerufen. Diese Ursache ist nun beseitigt. Eine weitere Veranlassung bietet die drohende Arbeitslosigkeit, ein Elend, das nur der begreift, der es ausgemittelt hat. Eine dritte Ursache besteht in einer Reihe sozialer Bedingungen, die einen großen Wohnungsmangel, schlechte Wohnverhältnisse, das Fehlen eines gewissen Komforts und ausbreitender Zerstörung u. dgl. in sich Geht haben. Pflicht der Regierung ist es, all' diese Mängel, unter denen Millionen Arbeiter zu leiden haben, zu beseitigen. Hinsichtlich der Dauer der Arbeitszeit ist eine Einigung bereits erzielt. Die Regierung bezieht mit Zureden den Beschäftigten die Ursachen der Arbeiterunruhen zum Gegenstand einer genaueren Untersuchung zu machen, und ist auch bereit, einige diesbezügliche Anträge zu stellen. Die Untersuchung hat das Parlament auf sich genommen, die Regierung aber wird unverzüglich die Gesetzentwürfe durchzuführen, welche die Wohnungsfrage, die Gesundheitsverhältnisse, die Entwicklung des Transports, die Anhandlung der ländlichen Wirtschaften, die Langzeitstellung an Soldaten und die Anweisung betreffen. Die Arbeitslosigkeit löst keine Besorgnis ein, wenn nur die Arbeitslosen verständig bleiben werden. Der Schiff- und der Eisenbahnbau, die Textilindustrie und das Baugewerbe bieten die besten Aussichten für die Zukunft. Folglich besteht auch keine Arbeitslosigkeitsgefahr, vorausgesetzt natürlich, daß all' denen, die für die Wiederherstellung der Industrie verantwortlich sind, das nötige Vertrauen entgegengebracht wird. Der Mangel an Vertrauen ist geeignet, Unruhen hervorzuufen, wodurch die Lage nur noch schlimmer und die Arbeitslosigkeit behäufig werden würde. Wenn ferner die Arbeitsleistungen so verteuert würden, daß die Kaufkraft dadurch herabgesetzt wird, oder wir gar

vom Weltmarkt verdrängt werden sollten, so entstände allerdings eine schreckliche Arbeitslosigkeit. Diese beiden Fälle müßten aber Platz greifen, wenn die Preise der Leistungen allzu hoch hinaufgeschraubt werden. Wenn ein Betriebszweig nur für sich, nicht im Zusammenhang mit den übrigen Industriezweigen, in Betracht gezogen wird, wie z. B. die Kohlengewinnung (im Falle ausschließlicher Steigerung der Arbeitsleistung, ohne Rücksicht auf die übrigen Produktionszweige), so müssen unsere Chancen (Aussichten) auf die Wiederherstellung der Industrie vollständig schwinden. Die Preissteigerung hier würde unbedingt auf andere Industrien zurückwirken, und können wir dabei bis zu jener Grenze, wo die Vernichtung der Industrie beginnt und damit zugleich viele arbeitslos werden. Das sollte sich jede Gruppe der Bevölkerung vor Augen halten, ehe sie neue Forderungen vorbringt. Die Verringerung der Arbeitszeit bei gleichzeitiger Erhöhung der Arbeitslöhne ist eine Hauptursache der Arbeitslosigkeit. Die Preissteigerung bewirkt ein Nachlassen der Kaufkraft des Einzelnen, dieser letztere Umstand aber muß zur Arbeitslosigkeit und damit auch zur Vernichtung unseres Überhandels führen, von welcher letzterem unser Land mehr abhängt, als irgend ein anderes Land der Welt. Das bolschewistische Rußland ist hierfür der beste Beweis. Dort bekommen die Arbeiter luxuriöse Gehälter, und man sollte nun meinen, daß sie das Äußerste erreicht haben. Allein, wenn so ein Arbeiter einen fünf Pfund Kreditschein in ein Geschäft trägt, so kann er sich dafür nicht einmal das kaufen, was der Käufer in England für 18 Pence's kauft. Die Regierung behält Hoffnungen in weitestem Maße, wodurch die Arbeitsmöglichkeiten sich vermehren werden. Die Entspindung der Verkehrswege, die Ausbesserung und die Wahrung der Landräufe werden dasselbe bewirken und ebendieses das Land bereichern. Die neuartigen Versuche, das Vertrauen zu dem Trade-Unionismus (Gewerkschaften) zu untergraben, die als Pläne der Desorganisation (Auflösung, Zerrüttung) zu erachten sind und Kollektivvereinigungen (Gesamtverbände) unmöglich machen, sind der Weg zur Anarchie (Gefahrlosigkeit), dem ersten Ziele dieser Leute. Jede Forderung, die mit der Absicht erhoben wird, bestehende Mängel zu beseitigen, wird mit der größten Aufmerksamkeit geprüft werden; dagegen wird jede Forderung, die nur bezweckt, die Gesellschaft anzureizen oder die Regierung zu stören, mit allen verfügbaren Mitteln bekämpft werden. Die Regierung ist fest entschlossen, das Preisentium in der Industrie ebenfalls zu bekriegen, wie sie es auf dem Kontinent getan hat, und zwar mit der ganzen Kraft der Nation, einerlei ob es sich dabei um Arbeitgeber oder Arbeitnehmer handeln würde. Die jüngste Streifbewegung, über die mir in Paris tagtäglich berichtet wurde und die auf den Sturz der Leader der Trade-Union und die Ablehnung der Vereinbarungen abzielten, sind den anarchisti-

schen Bestrebungen zugute gekommen, die mir hauptsächlich unwirksam zu machen. Ich bin mir der Wichtigkeit der Lösung solcher Probleme verbunden sind, aber zugleich auch der Wichtigkeit dieser voll bewußt, und wenn nur das Volk bereit ist, an dieselbe mit der nämlichen Kühnheit und Geduld heranzutreten, die es während des Krieges an den Tag gelegt hat, und wenn jede Klasse bereit ist, Opfer zur Sicherstellung und Unterhaltung der Industrie, auf welcher die Zukunft des Landes und das Glück des Volkes beruht, zu bringen, so kann ich heute schon mit Bestimmtheit sagen, daß es keinem Teile der Bevölkerung, wie mächtig er auch sein mag, gestattet werden wird, die Nation hieran zu hindern. Zum Schluß möchte ich an alle Gesellschaftsklassen die Mahnung, nicht eigenmächtig in einigen Wochen durch einen wüsten Streif die Erfolge des Sieges aufzuheben zu wollen, der dank dem Gedenkmüt und der Geduld der großen Nation im Laufe von fünf Jahren unter beständigen Opfern errungen wurde.“ Im übrigen sei zur obigen Rede Lloyd George's bemerkt, daß letzterer bekanntlich selbst aus der Arbeitermasse emporgestiegen ist und folglich mit den Notizen dieser voll auf vertraut ist, ihm daher mehr als vielen Millionen seiner Landsleute das Recht zuerkannt werden muß, über sie und ihre Betriedigung ein Urteil abzugeben, an dessen Trefflichkeit niemand zweifelt.

Weitere Beunruhigung ruit in England die Selbständigkeitsklärung Irlands hervor, zu der folgende Mitteilungen an die Öffentlichkeit gelangt sind:

Zu der englischen Presse ist der Wortlaut eines amtlichen Schreibens des „Gesandten der Zeitweiligen Regierung Irlands“ Patrick Mac-Kear's an die Washingtoner Regierung widergegeben, dem zufolge Irland sich mit Zweidrittel-Stimmenmehrheit der Bevölkerung am 28. Dezember 1918 für unabhängig und seine bisherigen Beziehungen zu Großbritannien für abgebrochen erklärt hat. „Andernfalls“, heißt es in dem Schreiben weiter, „erkennt das irische Volk seine Britische Hoheit nicht mehr als Königin von Irland an. Auf diese Weise hat Großbritannien aufgehört, als Vereinigtes Königreich zu existieren. Die Republik Irland tritt zu ihm fortan in das Verhältnis einer auswärtigen Macht und werden alle Beziehungen des irischen Volkes zur Regierung Seiner Britischen Hoheit durch besonders bevollmächtigte Personen unterbalden werden.“ — Zugleich bringt die englische Presse Mitteilungen über eine ganze Reihe von Meetings, die in der letzten Zeit in Dublin und anderen irischen Städten stattgefunden haben. Sie bemerkt dabei aber, daß, obgleich alle diese Volksversammlungen von national-republikanischer Färbung sind, sich dennoch von Enthusiasmus keine Spur auf ihnen findet. — Die Pariser Zeitung „Petit Journal“ stellt den Vergleich

„der großen blonden Menschenrasse“ denken. „Es ist also dort etwas in Boden, Wasser und Luft, das der Bildung der Karbolsäurelagerung in Haaren, Augen und Haut feindlich ist.“ Es ist das große Verdienst Bösches, den Einfluß des Klimas auf die Karbolsäurelagerung richtig erkannt zu haben, wenn auch seine Theorie von der osteuropäischen Heimat der Indogermanen auf Grund der Schädelmessung als unhaltbar erwiesen worden ist. Auch der verdienstvolle Erforscher der Urgeschichte und Anthropologie (Menschenkunde) Lindenschmit trat für Europa als Ursprungsland der Indogermanen ein und wies darauf hin, daß der Grundtrieb der indogermanischen Wanderungen durch unzweideutige geschichtliche Tatsachen als nach Osten und Süden gerichtet erwiesen werde: Wanderungen der Kelten in der Richtung auf Germanien, Italien, Griechenland, Kleinasien, die Züge der Skythen nach Kleinasien und Iran, die Stammzüge der gotischen Völker von ihrer Wanderung aus den Dnießeländern in die des Pontus Cuxinus (Schwarzen Meeres).

Der Sprachforscher und Kulturhistoriker D. Schrader kommt in seinen sprachwissenschaftlich-geschichtlichen Beiträgen zur Erforschung des indogermanischen Altertums zu dem Schlusse: „daß die älteste Zivilisation, welche sich auf sprachwissenschaftlich-geschichtlichen Wege bei den noch ungetrennten Indogermanen nachweisen läßt, in den wichtigsten Punkten, Viehzucht, Ackerbau, Waffen, Nahrung, Kleidung, Mangel der Metalle usw., sich deckt mit der neolithischen (der späteren Steinzeit angehörigen) Kultur, namentlich mit jener der frühesten Schweizer Pfahlbauten, soweit sie

der sogenannten Steinzeit angehören. Ist dies aber richtig, so ist damit die uralte Anfähigkeit der Indogermanen in Europa erwiesen.“ Die Urheimat der Indogermanen glaubt Schrader in der südrussischen Steppe nördlich des Schwarzen und Kaspischen Meeres gefunden zu haben: „Dieses Gebiet nun, welches wir uns also im Süden von der Donau und dem Meere, im Osten von dem vom Dnepr, im Norden von den Wäldern und Sümpfen Bolybiens, im Westen von den Karpathen begrenzt denken, dieses Gebiet, und zwar nur dieses, erfüllt nach meiner Meinung die Bedingungen, welche wir an den Schampal jener europäischen Kulturentwicklung stellen müssen.“ Die Annahme Schraders ist von Penka auf Grund von Tatsachen aus der Pflanzen- und Tiergeographie, wie auch durch den sprachwissenschaftlichen Nachweis, daß die ungetrennten Indogermanen die Bude und den Aal gekannt haben, widerlegt worden. Auch vom archaischen (die Altertumskunde betreffenden) Standpunkt läßt sich Schraders Ansicht nicht aufrecht erhalten, wie Much überzeugend nachgewiesen hat.

Lustige Gcke.

Auf dem Hinterrücken einer Elektrischen steht ein Junge und „lacht“ wiederholt laut mit der Nase. Ein nebenstehender Herr fragt: „De, hast du kein Taschentuch?“

*) D. Schrader. Sprachvergleichung und Urgeschichte. S. 626.

Der Junge läßt sich aber nicht füren. Der Herr darauf: „Mein Junge, hast du kein Taschentuch?“ „Ja, aber det faumw id nich!“ lautete die Antwort.

Vor dem Ansrücken zum Schießen hielt unser Korporalschaftsführer noch eine Belehrung und meinte: „Leute, Ihr wißt, ich bin ein herzenguter Kerl, ein Lamm, eine Seele von einem Menschen — aber im Dienst, da bin ich ein Bißch, und ich bin immer im Dienst.“

In einem riesengroßen, stark beheizten Varietè bewundert man die Kunst eines Tiermimenerators. Die Höhe seines Komens kam darin zum Ausdruck, daß er das Gebrüll und Geackel eines verendenden Schweines nachahmte.

Atemlos lauschte alles den leiser und leiser werdenden Lauten, die in der Brust aller Anwesenden ein sehnsüchtiges Erinnern an vergangene Zeiten entfiachten. Endlich machte der Künstler der Spannung ein Ende, indem er sagte: „Jetzt ist es tot!“

„Na, dann mir fünf Pfund ohne Knochen!“ rief unter allgemeiner Heiterkeit ein braver Feldgrauer in den Saal.